



Aufstehen und widersetzen

Helfen Massenproteste gegen den Aufstieg der AfD? – von Marvin Hopp*

In: *express* 5-6/2024

29.–30. Juni 2024: der nächste Bundesparteitag der AfD, wieder einmal in Essen.¹ Eigentlich nichts Neues und die Abläufe sind lang erprobt. Die lokale Zivilgesellschaft organisiert den breiten Protest, auf den Kundgebungen beschwören Politiker:innen und andere Akteur:innen lautstark den gesellschaftlichen Zusammenhalt, linksradikale Antifagruppen formulieren einen Aufruf, den Parteitag zu »blockieren« oder gar zu »verhindern«, was jedoch bislang nur mäßig gelingt. Im nächsten Jahr dann wieder das gleiche Spiel. Doch in Essen scheint dieses Mal etwas anders zu sein und das hat im Wesentlichen zwei Gründe: die vorangegangenen Proteste der letzten Monate und ein unter anderem von Gewerkschafter:innen getragenes Bündnis, das zu Aktionen des zivilen Ungehorsams aufruft.

Nach der Veröffentlichung der Correctiv-Recherche Anfang dieses Jahres schwappte die größte Protestwelle durch das Land, die die Bundesrepublik bisher gesehen hatte. Viele Menschen, die sich zumindest ein bisschen mit dem Personal und der Entwicklung der Programmatik der AfD beschäftigt hatten, dürften die bekannt gewordenen Informationen nur wenig schockiert haben. Doch über diesen Teil hinaus sorgten die dann bekannt gewordenen Netzwerke und Pläne, die eine massenhafte Deportation von Mitmenschen vorsehen, für breite Empörung. Endlich wachgerüttelt trieb es zahlreiche Menschen auf die Straße, viele von ihnen gingen zum ersten Mal in ihrem Leben auf eine Demonstration. Auch wenn der Protestzyklus in den letzten Monaten an Kraft verloren hat, dürften die hieraus resultierende Dynamik und erst recht die katastrophalen Ergebnisse der Europawahl ihren Beitrag zur Mobilisierung im Ruhrgebiet und darüber hinaus leisten. Die Polizei rechnet damit, dass sich Menschen aus ganz Deutschland in bis zu 200 Bussen auf den Weg nach Nordrhein-Westfalen machen werden und erwartet rund 80.000 Gegendemonstrant:innen. Bei dieser Konstellation hunderte von AfD-Delegierten in die Grugahalle zu bekommen, dürfte kein leichtes Unterfangen werden. Eine solche Versammlungslage wird die Polizei massiv fordern, besonders, da zeitgleich im benachbarten Dortmund das Achtelfinale der Fußball Europameisterschaft stattfinden wird. Auch die Perspektive, dass der Parteitag vielleicht doch nicht stattfindet, da der Mietvertrag für die Halle gekündigt wurde, dürfte nur wenig Aussicht auf Erfolg haben. Die Stadt Essen hatte von der AfD verlangt sicherzustellen, dass es nicht zu »NS-Parolen« auf der Veranstaltung komme, anderenfalls drohe ein Strafgeld von 500.000 Euro. Zwar bietet das jüngste Urteil gegen Thüringens extrem rechten AfD-Chef Björn Höcke, der mit der Aussage »Alles für Deutschland« bewusst eine verbotene Parole der »Sturmabteilung« (SA) der NSDAP verwendete, einen konkreten Anlass für diesen Versuch. Es dürfte jedoch juristisch wenig Aussicht auf Erfolg haben, nachträglich für ein bereits geschlossenes Vertragsverhältnis ein derartiges Bekenntnis zu erwirken. Ein – wenn auch (zu) spätes – klares Bekenntnis der Stadt Essen ist es jedoch allemal. Demnächst entscheiden die Gerichte darüber.

¹ Alle Beispiele basieren auf Interviews mit Betriebsräten und Vertrauensleuten aus dem Organisationsbereich der IG Metall im Rahmen meiner eigenen Forschung und aus zahlreichen Diskussionen.

Bringt's das?

Trotz der massenhaften Mobilisierung der letzten Monate konnte die AfD bei der Europawahl ihren Stimmenanteil um 4,9 Prozentpunkte auf 15,9 Prozent steigern. Eine Entwicklung, bei der es nichts schönzureden gibt. Eine Entwicklung, bei der im Kontext der Bewertung der bisherigen Proteste und Strategiediskussionen am Ende definitiv zur Kenntnis genommen werden sollte, dass die bisherigen Massenmobilisierungen der »großen Koalition gegen rechts«, an vielen Orten getragen durch ein Bündnis aus unter anderem Arbeitgeberverbänden, Vertreter:innen (fast) aller demokratischer Parteien, Campact, Fridays for Future und dem DGB, es mittelfristig nicht vermögen, die AfD erfolgreich und nachhaltig zurückzudrängen. »Klare Kante« bzw. die Verteidigung und Erneuerung roter Linien reichen – zumindest allein – insbesondere aus gewerkschaftlicher Sicht nicht aus. Denn neben einem festen Kern an Stammwähler:innen, die bereits vor der Gründung der AfD über ein politisch rechtes Weltbild verfügten und jetzt mit der AfD eine parteipolitische Heimat gefunden haben, sollte besonders eine Entwicklung aus gewerkschaftlicher Sicht alle Alarmglocken schrillen lassen: Bei der Europawahl wählten – ähnlich hoch wie bei vorangegangenen Wahlen – 32 Prozent der Menschen mit geringem Lebensstandard die AfD und unter den Arbeiter:innen 33 Prozent, zehn Prozent mehr als 2019 (2014 waren es zehn Prozent). In beiden Gruppen ist sie damit die stärkste Kraft. Unter Gewerkschafter:innen waren es immerhin »nur« 18,5 Prozent (siehe ausführlich S. 11 in dieser Ausgabe des *express*).

Wer nach Ursachen für diese Entwicklung forscht, muss nicht lange suchen. Richard Detje und Kolleg:innen wiesen bspw. bereits in ihrer Krisenstudie 2011 darauf hin, wie groß die Unzufriedenheit unter den Beschäftigten ist und dass dieser Unmut zugleich mit wenig Hoffnung auf wirkliche Veränderungen und fehlenden Adressat:innen gepaart ist. Jene »adressatenlose Wut« (Detje et al. 2011) hat nun offenbar einen Akteur gefunden, dem es gelungen ist, sie von rechts aus zu politisieren und entsprechend reaktionär zu kanalisieren.

Diese Tendenzen stellen eine erhebliche Bedrohung für die Aufrechterhaltung des antifaschistischen Grundsatzes in den DGB-Gewerkschaften dar (siehe bspw. *express* 12/2023) und bilden erst recht eine massive Herausforderung für eine solidarische und verbindende Klassenpolitik. Gewerkschaftlich Aktive und Hauptamtliche der IG Metall schätzen bspw. das Potential der AfD in der Mitgliedschaft im Westen auf etwa 30 Prozent, im Osten sogar auf 50 Prozent ein. Es häufen sich Fälle von ehrenamtlichen Funktionären, die in ihrem Mandat und ihrer Aktivität für die AfD keinen Widerspruch sehen wollen. An anderen Orten trauen sich Aktive im Betrieb nicht (mehr), die Konfrontation zu suchen. Will sich bspw. ein Betriebsratsvorsitzender positionieren, setzen ihn nicht selten andere Betriebsräte aus Sorge vor Schaden für das Gremium oder die eigene Reputation oder aufgrund der eigenen (eher rechten) politischen Haltung unter Druck, die AfD im Betrieb nicht zum Thema zu machen. Und auch hauptamtliche Gewerkschafter:innen berichten davon, dass sie lieber die Konfrontation meiden, um die betriebliche Anschlussfähigkeit nicht zu verlieren. Dies macht deutlich: Sollte es nicht gelingen, die roten Linien zu erneuern und dort, wo sie noch existieren, zu verteidigen, wird mittelfristig bspw. die IG Metall als wichtiger gesellschaftlicher Akteur im Kampf gegen rechts an Bedeutung verlieren, weil ihre betriebliche Basis im Kern weiter unter Druck gerät.

Ein blauer Riss

Es gilt zur Kenntnis zu nehmen, dass es u.a. ein wachsender Teil der weißen und männlichen industriellen Arbeiterschaft ist, der sich von den leeren Versprechen der AfD angesprochen fühlt. Dass dabei bspw. ein »Weiter so« mit dem Verbrennermotor uns geradeaus und ungebremst in die Klimakatastrophe befördert, zählt da leider recht wenig. Oder um es mit Mark Fisher (2013: S. 8, unter Bezug auf Fredric Jameson und Slavoj Žižek) zu sagen: Für viele ist es inzwischen »einfacher, sich das Ende der Welt vorzustellen als das Ende des Kapitalismus«. Der alleinige Verweis darauf, dass es sich bei den Versprechen der AfD um Lügen handelt, reicht als Argument schon lange nicht mehr aus. Denn umgekehrt genießt auch das Versprechen einer sozial-ökologischen Modernisierung des deutschen Exportismus, wie es von Ampel und Union immer wieder artikuliert wird, aus nachvollziehbaren Gründen nur wenig Vertrauen unter den betroffenen Beschäftigten. Die aktuell sozialdemokratisch geführte Am-

pel zerstört mit ihrer Politik eines »progressiven Neoliberalismus« (Nancy Fraser) bei vielen den letzten Funken Hoffnung auf eine solidarische Alternative zur Politik der schwarzen Null. Legal Kiffen anstatt verlässliche ökologische und soziale Industriepolitik, im öffentlichen Sektor sogar wieder (Teil-)Privatisierung statt notwendige Großinvestitionen in Infrastruktur und Bildung – und damit immer weiter hinein in das, was der Soziologie Oliver Nachtwey treffend als »Abstiegsgesellschaft« bezeichnet hat. Im Postfordismus ist nach den großen Boomjahren der soziale Aufstieg für viele endgültig in weite Ferne gerückt. Stattdessen geht es immer mehr darum, seinen sozialen Status zumindest zu verteidigen. Nicht wenige verleitet dies dazu, verstärkt nach unten zu treten – das zeigen neben Studien insbesondere die jüngeren Diskussionen um die Einführung des Bürgergeldes oder das stetige Abweichen von Minimalprinzipien des Grundrechts auf Asyl. Eine Spirale, die am Ende immer mehr Menschen in die Arme der AfD treiben wird. Mit der »großen Koalition gegen Rechts«, mit der man zugleich das Bündnis mit den – in der Wahrnehmung vieler Beschäftigter – Akteuren der neoliberalen Einheitspartei eingeht, wird man diese Entwicklung kaum aufhalten.

Wer zur Verdeutlichung dieses Arguments noch mehr Hinweise braucht, der schaue sich an, wem es in den letzten Monaten im Protest gegen die AfD gelungen ist, auf die Straße zu mobilisieren. Es sind zu weit überwiegendem Teil nicht jene, die von den negativen Effekten der strukturellen Umbrüche der letzten Jahrzehnte betroffen sind, die nicht selten zu objektivem Abstieg oder gefühltem Abstiegsängsten führten. Spannende Einblicke hierzu liefern Marco Bitschnau und Sebastian Koos, die Ende Januar im Süden Baden-Württembergs auf drei der großen Protestveranstaltungen gegen die AfD Umfragen durchgeführt haben. 59 Prozent der befragten Beteiligten geben als höchsten Bildungsabschluss einen Hochschulabschluss an (davon sieben Prozent eine Promotion), 27 Prozent einen Schulabschluss (darunter 20 Prozent [Fach-]Abitur), ein Prozent keinen Abschluss und gerade einmal 13 Prozent der Befragten eine Berufsausbildung. Noch weniger überrascht es vor diesem Hintergrund, dass sich eine »Mehrheit (53 Prozent) [...] der mittleren Mittelschicht und ein Drittel (33 Prozent) sogar der oberen Mittelschicht zugehörig [fühlt]; nur jede:r Zehnte ordnet sich im Vergleich der unteren Mittelschicht (zehn Prozent) oder der Unterschicht (ein Prozent) zu (Bitschnau/Koos 2024, S. 3). Noch weniger überrascht es da, dass 61 Prozent der befragten Teilnehmer:innen angeben, dass sie bei den letzten Bundestagswahlen die Grünen gewählt haben.

All das soll nicht schmälern, dass es gut und richtig ist, dass diese Proteste stattfinden und es Gewerkschaften zumindest zum Teil gelang, kleinere bis mittlere Delegationen von betrieblichen Kolleg:innen zu mobilisieren. Es soll lediglich verdeutlichen, dass sich klassenanalytisch betrachtet überwiegend der Teil der arbeitenden Menschen auf der Straße befindet, welcher sich im »polarisierte[n] Postindustrialismus« (Reckwitz 2019, S. 80) in der Tendenz eher zu den Gewinner:innen oder zumindest nicht zu den großen Verlier:innen der letzten Jahrzehnte zählen darf. Es ist vor allem die aus der alten Mittelklasse aufsteigende und wachsende neue liberale Mittelklasse (bei Andreas Reckwitz auch unscharf als »Akademiker:innenklasse« bezeichnet), die gegen die AfD aufsteht, während jene alte (oder auch traditionelle) Mittelklasse, die sich vor allem aus (ehemals fordistischen) Industriearbeiter:innen zusammensetzt, nicht nur auf der Straße weitestgehend fehlt, sondern einen wachsenden Anteil an AfD Wähler:innen aufweist. Diese Analyse verdeutlicht, welche Sprengkraft aus gewerkschaftlicher Sicht bspw. die Transformation der deutschen Automobilbranche im Herzen der Gewerkschaftsbewegung hat. Scheitert etwa die wettbewerbsfähige Elektrifizierung des Antriebs, dann ist zu befürchten, dass es der AfD gelingen wird, noch mehr Teile der Arbeiter:innenschaft auf ihre Seite zu ziehen und die angeblich »woken«, in der Wahrnehmung vieler immer noch als links geltenden Grünen und ihre Wähler:innen für ihre Deindustrialisierungspolitik verantwortlich zu machen. Ohne das in diesem Beitrag weiter auszuführen, verdeutlicht diese Konstellation die Notwendigkeit, den Kampf gegen rechts nicht lediglich im einfachen Anschluss an die Massenmobilisierung auf der Straße zu suchen. Aus gewerkschaftlicher Sicht bedarf es für den Kampf gegen die AfD gleichermaßen einer Repolitisierung betrieblicher Gewerkschaftsarbeit, etwa durch Stärkung der Vertrauensleutearbeit und Ausweitung der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit, sowie einer erfahrbaren gesellschaftspolitischen

Opposition zu den Regierungsparteien und ihrer neoliberalen Politik. Ein IG Metall-Bevollmächtigter brachte es vor Kurzem wie folgt auf den Punkt: Früher standen wir neben unseren Tarifrunden als IG Metall einmal im Jahr auf der Straße, heute fehlt diese verbindende und politisierende Erfahrung. Ohne bspw. den gemeinsamen Kampf für die Abschaffung der Schuldenbremse im Vorfeld der nächsten Bundestagswahlen und einer damit einhergehenden notwendigen (betrieblichen) Bildungs- ergo Mobilisierungsoffensive, um die entsprechende Akzeptanz für diese Forderung sicherzustellen, um am Ende eine Industriepolitik mit sozialpolitischem Anspruch durchzusetzen, werden sich die innergewerkschaftlichen Widersprüche im Kampf gegen Rechts kurzfristig noch weiter zuspitzen und sichergeglaubte Prinzipien zunehmend in Frage gestellt werden.

Raus gegen den Rechtsruck!

Zurecht weist Christoph Bautz als geschäftsführender Vorstand von Compact bei X (ehemals Twitter) darauf hin, dass die AfD bei den Europawahlen mit 15,9 Prozent im Vergleich zu dem Umfragewerten im Januar 2024, als die AfD noch bei 22 Prozent lag, rechnerisch an Zuspruch verloren hat. Dies ist nicht nur – aber auch – auf den massenhaften Protest gegen die AfD und die damit verbundenen gesellschaftlichen Debatten um deren rassistischen Kern zurückzuführen. Wer sich als Gewerkschafter:in bspw. im Betrieb gegen die AfD positionieren wollte, um rote Linien zu erneuern, der hatte im Kontext der Correctiv-Recherche, aber auch der jüngsten Korruptions- und Spionageskandale um die AfD Oberwasser gewinnen können. Die Diskussionen im Betrieb sind nicht entkoppelt von gesellschaftlichen Debatten; wer klar machen will, dass die AfD eben keine normale Partei ist und erst recht keine Arbeiterpartei,² der kann sich derzeit auf viel Zuspruch in der Gesellschaft berufen. Möglich macht dies der Widerspruch, vor dem weiterhin der die AfD führende völkisch-nationalistische Flügel um Björn Höcke steht: Es ist die Schwierigkeit, die AfD in politischen Gewässern rechts der CDU und in der inhaltlichen Tradition des historischen Faschismus zu manövrieren, mit denen man sich in Deutschland (noch) nicht ohne weiteres gemein machen kann. Jenen Widerspruch als Antifaschist:innen weiter anzugreifen, löst zwar nicht die skizzierten Probleme bzw. den materiellen Kern des AfD-Aufstiegs, ermöglicht es aber kurzfristig, wieder an Land zu gewinnen und jene zurückzugewinnen, die noch nicht zum festen Wähler:innenkreis dieser Partei gehören.

Mit den Protesten gegen den Bundesparteitag der AfD in Essen soll dieser neuralgische Punkt in der öffentlichen Positionierung der AfD weiter angegangen werden. Am 25. April 2024 hat sich daher in einer bundesweiten Konferenz mit 170 Einzelpersonen und Vertreter:innen von Organisationen und Initiativen die »Widersetzen«-Kampagne gegründet. Widersetzen beabsichtigt das »massenhafte inhaltliche Stellen der AfD« durch Aktionen des zivilen Ungehorsams. Durch gemeinsames Widersetzen soll der Bundesparteitag der AfD verhindert werden. Das Besondere dabei: Es sind dieses Mal vor allem Gewerkschafter:innen, die hier eine zentrale Rolle spielen. Innerhalb des Organisationsbereichs von ver.di kursieren zahlreiche Aufrufe von Beschäftigten, sich an den Protesten und den Aktionen des massenhaften Widersetzens zu beteiligen. In kurzen Videoclips mobilisieren bspw. Beschäftigte der Unikliniken in NRW ihre Kolleg:innen sowie Kolleg:innen anderer Branchen nach Essen und kündigen an, sich an den Aktionen des zivilen Ungehorsam zu beteiligen. Auch wenn die gewerkschaftliche Mobilisierung derzeit maßgeblich aus dem Organisationsbereich von ver.di getragen wird, lassen diese Beispiele Hoffnung aufkommen, dass die Stärkung und der Ausbau einer gewerkschaftlichen und vor allem betrieblichen Basis im Kampf gegen die AfD u.a. auch auf diesem Wege gelingen kann. Zumindest können die zahlreichen sichtbaren und klaren Bekenntnisse von Beschäftigten gegen die AfD dazu beisteuern, den antifaschistischen Grundsatz zu erneuern und Gewerkschafter:innen in dieser Haltung zu unterstützen. Mittelfristig muss die Antwort auf den Rechtsruck in der Repolitisierung und Stärkung gewerkschaftlicher Arbeit im Betrieb sowie in der Fokussierung auf mehr Erfahrbarkeit im gemeinsamen Handeln gegen Arbeitgeber:innen und Regierung liegen.

² Siehe hierzu bspw. den guten Beitrag von Michael Barthel: »Die neue Arbeiterpartei? Wie sich die AfD zu Tarifpolitik und betrieblicher Mitbestimmung verhält«, in: Sozialismus Heft 11/2023.

** Marvin Hopp hat neun Jahre bei Volkswagen in Braunschweig gearbeitet und war dort in der gewerkschaftlichen Interessenvertretung aktiv.*

Er ist nun wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität Göttingen und engagiert sich derzeit gewerkschaftlich u.a. in der Kampagne gegen den Bundesparteitag der AfD.

Eine Literaturliste ist bei der Redaktion erhältlich.

express im Netz und Bezug unter: www.express-afp.info

Email: express-afp@online.de

express / AFP e.V., Niddastraße 64, VH, 4. OG, 60329 Frankfurt a.M.

Bankverbindung für Spenden und Zahlungen:

AFP, Sparda-Bank Hessen eG, IBAN: DE28 5009 0500 0003 9500 37, BIC: GENODEF1S12